

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tom Schreiber (SPD)

vom 14. Juni 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Juni 2017)

zum Thema:

Linksextremismus in Berlin – Konzept für die Rigaer Straße?

und **Antwort** vom 06. Juli 2017 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Juli 2017)

Herrn Abgeordneten Tom Schreiber (SPD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/11 645
vom 14. Juni 2017
über Linksextremismus in Berlin – Konzept für die Rigaer Straße?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Repressions-, Deeskalations-, und Präventionsstrategie verfolgt der Senat in der Rigaer Straße?

Zu 1.:

Der Senat verfolgt grundsätzlich verschiedene Ansätze zur Kriminalitätsbekämpfung. Dazu gehören immer auch Repressions-, Deeskalations- und Präventionsstrategien. Die extremistischen Gewalttäterinnen und Gewalttäter müssen vor allem mit allen Mitteln des Rechtsstaats strafrechtlich verfolgt werden. Darauf ist die Polizei Berlin eingestellt.

2. Wird es dazu eine kompakte öffentliche Initiative seitens des Senats geben und wenn ja, wann?

3. Seit wann arbeitet der Berliner Senat an einem konkreten Konzept zur Befriedung in der Rigaer Straße?

4. Gab es zwischen dem 08.12.2016 und 01.06.2017 diesbezüglich Gespräche oder Aktivitäten innerhalb der Senatsverwaltungen, mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und involvierten NGOs? (Aufstellung erbeten.)

Zu 2., 3. und 4.:

Der Senat ist fortlaufend und kontinuierlich mit der Situation in der Rigaer Straße beschäftigt und bewertet die Lage und Einsatzkonzepte jeweils nach aktuellem Stand.

In diesem Zusammenhang stehen der Senat und die Polizei Berlin in einem ständigen Kontakt mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin. Der Senat, die Polizei Berlin und das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin stehen im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung grundsätzlich im Dialog mit diversen Akteuren in der Rigaer Straße (u.a. mit Anwohnern und Gewerbetreibenden).

5. Welche konkrete Strategie wird seitens des Senats bei diesen Gespräche oder Aktivitäten verfolgt?

Zu 5.:

Siehe Antwort zu Frage 1.

6. Gab es zwischen dem 08.12.2016 und 01.06.2017 Gespräche mit einer Wohnungsbaugesellschaft und der Senatsverwaltung für Finanzen um das Objekt der Rigaer Straße 94 zu kaufen?

Zu 6.:

Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft degewo AG bemüht sich um den Erwerb des Wohnhauses Rigaer Str. 94. Die degewo AG prüft derzeit die weiteren Schritte.

7. Welchen Stellenwert nimmt die Anwohnerschaft für den Berliner Senat ein?

Zu 7.:

Weite Teile der Anwohnerschaft der Rigaer Straße und der näheren Umgebung haben in den vergangenen Jahren eine schleichende Veränderung ihres Wohnumfeldes erlebt und sie sorgen sich, aus ihrer gewohnten Umgebung verdrängt zu werden, weil sie sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können. Sie lehnen Gewalt aber entschieden ab, trauen sich jedoch nicht, dies offen zu zeigen, da sie von den extremistischen Szeneangehörigen eingeschüchtert werden. Diese besorgten Anwohnerinnen und Anwohner müssen vor Gewalttäterinnen und Gewalttätern geschützt werden. Eine engagierte und kooperative Anwohnerschaft ist ein wichtiger stabilisierender Faktor zur gewaltfreien Lösung der Konflikte in der Rigaer Straße.

8. Stimmt der Senat zu, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, dass sich konzeptionell seit über einem Jahr nichts getan hat und wie geht der Senat mit der öffentlichen Meinung um bzw. reagiert auf diese?

Zu 8.:

Es ist nicht Aufgabe des Senats, hypothetische Fragestellungen zu beantworten. Zur Situation in der Rigaer Straße existieren unterschiedliche Auffassungen.

9. Hält der Senat öffentliche Vorschläge und Debatten zu dem Thema für überflüssig und wenn ja, warum? Wenn nicht, wie möchte sich der Senat in eine öffentliche Debatte einbringen?

Zu 9.:

Öffentliche Debatten sind ein Wesensmerkmal unserer pluralistischen Gesellschaft. Der Senat nimmt teil an dem Diskurs über die Situation in der Rigaer Straße um so das Umfeld für eine gesamtgesellschaftliche Lösung des Konflikts zu öffnen.

Berlin, den 06. Juli 2017

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport